

# Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



## ...newsletter



Newsletter zur 06. Sitzungswoche 2011

### Liebe Leserin, lieber Leser,

die Menschen in Japan brauchen weiterhin unsere Unterstützung. Jeden Tag erreichen uns neue Nachrichten über erhöhte radioaktive Verstrahlungen als Folge des Erdbebens und Tsunamis. Ich bitte alle herzlich, beim Spenden nicht nachzulassen.

Mein Zorn ob der durchsichtigen schwarz-gelben Manöver in der deutschen Atompolitik hält an. Minister Brüderle entschleierte die politischen Schwenks der letzten Tage als bloßen Wahlkampftrick aus Angst vor Machtverlust bei den anstehenden Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Wir brauchen eine konsequente und nachhaltige Politik für den Atomausstieg und für eine Energiewende. Ich rufe daher auf zur Teilnahme an der Anti-AKW-Demo „Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten!“ am 26. März.

In vielen Ländern der arabischen Welt sind Menschen mutig auf die Straße gegangen. Ich unterstütze die Freiheits- und Demokratiebewegungen und danke für die politischen und menschlichen Chancen, die sie für ihre Nationen, für die ganze Welt erkämpfen. In ihrer Positionierung „Bundesregierung hat in Libyen-Krise versagt“ verweist der Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf die Hoffnung, „die festverankerte Stabilität der Feindbilder und der Hetze, die seit Jahrzehnten zu Krieg und Terror im Nahen Osten führen, aufzubrechen“. Nutzen wir diese Chancen weltweit.

Die SPD-Fraktion hat Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz zwischen Frauen und Männern vorgelegt und einen Antrag ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Ein Gesetzentwurf wird folgen. Schließlich verdeutlichen wir Jahr für Jahr mit dem Equal Pay Day, wie viel länger Frauen arbeiten müssen, um das durchschnittliche Vorjahresgehalt der Männer zu erlangen. Mit dieser Leistungs- und Lohnungerechtigkeit muss Schluss sein.

Viel Spaß beim Lesen!

*Mechthild Rawert*



### Inhalt:

■ <b>Gesundheitspolitik</b>	
Rede zum Pflegebedürftigkeitsbegriff	2
■ <b>Energiepolitik</b>	
Sofortprogramm für die Energiewende starten	2
Für saubere, sichere und bezahlbare Energie	2
■ <b>Arbeitsmarktpolitik</b>	
Missbrauch in der Leiharbeit verhindern	3
■ <b>Bürgerschaftliches Engagement</b>	
Reform der Wehrpflicht muss Jugendfreiwilligendienste einbeziehen	3
■ <b>Finanzpolitik</b>	
Euro-Stabilität braucht weiterhin Unterstützung	4
■ <b>Außenpolitik</b>	
Die Libyenfrage	4
Marshall-Plan für Nordafrika und Nahost	4
Einbindung von Frauen in Konfliktbewältigung	5
■ <b>Buch-Neuerscheinung</b>	
Nach Gaza: Zivilgesellschaft und internationale Politik	6
■ <b>Aus Berlin und dem Wahlkreis</b>	
Rheumaliga erhält Geld für Generationenbad	6
Equal Pay Day 2011	6
Nordafrika und palästinensischer Friedensprozess	7
DGB - 100 Jahre Internationaler Frauentag	7
■ <b>Einladungen/Terminhinweise</b>	
Einladung zur politischen Tagesfahrt am 06.05.2011	9

■ **Wahlkreis**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

### ■ Gesundheitspolitik

#### Rede zum Pflegebedürftigkeitsbegriff



Der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff des Sozialgesetzbuches ist zu eng und einseitig. In meiner am 25. März im Plenum gehaltenen Rede habe ich daher auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, endlich einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einzuführen. Dieser muss sich an den individuellen Bedarfen der zu Pflegenden orientieren und darf auch die ca. 20% jungen pflegebedürftigen Menschen nicht benachteiligen.

Die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat dahingehend bereits 2006 einen Beirat zur Überprüfung des Begriffs einberufen, dessen Ergebnisse und Umsetzungsempfehlungen seit Mitte 2009 vorliegen. Der Fokus des Berichts liegt auf dem Selbständigkeitsgrad pflegebedürftiger Menschen und der kontextbezogenen Wahrnehmung ihrer Lebenslagen.

Personen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen sollen aus Sicht des Beirats besser berücksichtigt werden. Die Regierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer neuen, differenzierteren Definition der Pflegebedürftigkeit bekannt und angekündigt, die Vorschläge des Beirats auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auch die Zusammenhänge mit anderen Leistungssystemen hin zu überprüfen.

In unserem debattierten Antrag (Drs. 17/2480) fordern wir die Regierung dazu auf, den Bundestag darüber zu informieren, zu welchen Ergebnissen sie dabei gekommen ist. Aus unserer Sicht soll ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eine ganzheitliche Sicht auf den pflegebedürftigen Menschen mit seinem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen und notwendige Veränderungen der Pflege einleiten.

Die Kosten der Pflege müssen durch solidarische Beiträge weiterhin gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Die Regierung soll einen Gesetzentwurf vorlegen, der jetzigen pflegebedürftigen Bestandsschutz garantiert. Unterschiedliche Versorgungssysteme müssen durchlässiger werden und besser zusammenspielen. Überschneidungen mit der Kranken-, Pflege-, Hilfe- und Versorgungsplanung brauchen klare Regelungen. Pflegeberatung und zivilgesellschaftliche Arrangements müssen gestärkt werden.

### ■ Energiepolitik

#### Sofortprogramm für die Energiewende starten

Wir fordern mit unserem Antrag „Energiewende jetzt“ (Drs. 17/5182) die Bundesregierung auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um den Umbau unserer Energieversorgung zu forcieren. Dazu gehört, dass der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie noch in diesem Jahrzehnt vollzogen werden soll. Nach Abschaltung der acht Reaktoren müssen auch die verbleibenden neun AKW nach dem kerntechnischen Regelwerk von 2009 sowie zusätzlichen Anforderungen, die sich aus der Katastrophe von Fukushima ableiten lassen, überprüft werden. Atomkraftwerke, die diesen Kriterien nicht gerecht werden, soll die Betriebserlaubnis entzogen werden, ohne dass Regressforderungen der Betreiber gegen die öffentliche Hand entstehen.



#### Einrichtung eines Energieeffizienzfonds

Außerdem soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass in Europa verbindliche Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau gelten. Damit die Energiewende gelingt, muss die Energieeffizienz entscheidend vorangebracht werden, um ihre Verdopplung bis 2020 zu erreichen. Dazu soll ein Energieeffizienzfonds geschaffen werden, der u.a. Haushalten mit geringen Einkommen ermöglicht, alte, stromschluckende Geräte durch neue energiesparende zu ersetzen. Auch kleine und mittelständische Unternehmen des produzierenden Gewerbes sollen dadurch unterstützt werden. Die Kürzungen des erfolgreichen CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms sollen zurückgenommen und Kraft-Wärme-Kopplung wieder verstärkt gefördert werden. Des Weiteren soll ein Innovationsfonds für den Ausbau der Stromnetze und für die Entwicklung von Energiespeicherkapazitäten aufgelegt werden.

#### Für saubere, sichere und bezahlbare Energie



Damit Deutschland mittel- bis langfristig den Weg der sicheren, sauberen und bezahlbaren Energie gehen kann, müssen die Weichen heute gestellt werden. Nur so kann erreicht werden, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 35 Prozent erhöht wird und bis spätestens 2050 100 Prozent ausmacht. Das bisherige System aus Erzeugung und Abnahme muss dazu an die Anforderungen einer hohen und weiter anwachsenden Einspeisung Erneuerbarer Energien angepasst werden. Dazu haben wir den Antrag „Auf dem Weg zu einem nach-

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

haltigen, effizienten, bezahlbaren und sicheren Energiesystem“ (Drs. 17/5181) vorgelegt. Wir fordern, dass das derzeitige Energiesystem zu einem Energiedienstleistungssystem umgebaut wird, in dem Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden können. Dafür ist ein „Fahrplan“ notwendig, der kurz- und mittelfristige Maßnahmen bis zum Jahr 2020 abbildet, um die Anpassung des bisherigen Erzeugungs-, Abnahme- und Preisfindungssystems sowie der Akteure im Markt an den wachsenden Anteil der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dazu soll die Regierung konkrete Umsetzungsmaßnahmen vorlegen.

Ein zentraler Faktor ist dabei die Erhaltung des Grünstromprivilegs. Es ist derzeit das einzige Anreizinstrument zur Marktintegration Erneuerbarer Energien. Darüber hinaus soll die Bundesnetzagentur ermitteln, wie sich der Bedarf für den Netzausbau sowohl bei Übertragungsnetzen als auch Verteilnetzen verändert, wenn eine wirklich „intelligente“ Netz-, Erzeugungs- und Verbrauchssteuerung realisiert wird. Zudem muss die Vermarktung von eingespeistem Strom aus Erneuerbaren Energien optimiert werden.

### ■ Arbeitsmarktpolitik

#### Missbrauch in der Leiharbeit verhindern

Seit der Krise expandiert die Leiharbeit mit neuer Dynamik. Sie muss wieder auf ihre eigentliche Funktion als Instrument für mehr Flexibilität



bei Auftragsspitzen beschränkt werden. Der Gesetzentwurf der Regierung zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung (Drs. 17/4804) führt auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Bundesländer eine Lohnuntergrenze für die Leiharbeit ein. Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf jedoch keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs in der Leiharbeit.

In unserem Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung (Drs. 17/5253) vom 24. März fordern wir die Regierung auf, sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes das Verfahren zur Festsetzung der Lohnuntergrenze durch eine Rechtsverordnung einzuleiten. Sie soll zur Arbeitnehmerfreizügigkeit am 01. Mai 2011 in Kraft treten. Die Kontroll- und Sanktionsvorschriften der Protokollerklärung von Bund und Ländern vom 23.02.2011 analog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zur

effektiven Kontrolle der Lohnuntergrenze in der Leiharbeit müssen unverzüglich durch den Zoll umgesetzt werden. Schließlich müssen gesetzliche Regelungen gegen den Missbrauch der Leiharbeit in den Bundestag eingebracht werden: Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss ohne Ausnahme gelten. Weiterhin brauchen Betriebsräte in Entleihbetrieben wirksame Mitbestimmungsrechte für dort eingesetzte Leiharbeitskräfte. LeiharbeitnehmerInnen müssen gleichen Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen haben wie die Stammbeslegschaft. Die Praxis der Konzernleihe soll durch gesetzliche Regelungen deutlich eingeschränkt werden. Auch muss der Grundsatz wieder gelten, dass Leiharbeitnehmer bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt sind. Leiharbeitseinsätze sind nach einem Jahr zu beenden.

### ■ Bürgerschaftliches Engagement

#### Reform der Wehrpflicht muss Jugendfreiwilligendienste einbeziehen



Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer überhasteten Reform der Wehrpflicht versäumt, ein Gesamtkonzept zu erstellen, das einen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste beinhaltet. Stattdessen wurde mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst eine Doppelstruktur geschaffen, die in Konkurrenz zu den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendiensten steht.

Mit einem Entschließungsantrag (Drs. 17/5255) zum Gesetzentwurf der Regierung zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes haben wir deshalb gefordert, den Ausbau und die Weiterentwicklung des Freiwilliges Soziales Jahres (FSJ) und des Freiwilliges Ökologischen Jahres (FÖJ) zu fördern. Die Pauschalen für die pädagogische Begleitung im FSJ und FÖJ sollen ab 1. Juli auf 200 Euro erhöht werden. Die Frist für den Übergang zwischen Zivil- und Freiwilligendiensten sollte unserer Meinung nach verlängert werden, um mehr Planungssicherheit zu schaffen. Es sollen durch die Neuausrichtung keine unterschiedlichen Rechtsformen von Freiwilligendiensten für junge Menschen entstehen.

Bislang hat die Regierung zu diesen Punkten leider kein klares Konzept vorgelegt, das die gut funktionierenden bestehenden Angebote angemessen mit einbezieht.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

### ■ Finanzpolitik

#### Euro-Stabilität braucht weiterhin Unterstützung

In diesen Tagen haben mehrere entscheidende Treffen auf europäischer Ebene stattgefunden, die für die EURO-Stabilität entscheidend sind:



Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise beschloss der Europäische Rat im Oktober 2010, einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des gesamten Euro-Währungsgebietes einzurichten. Für die Errichtung des so genannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde im Dezember 2010 beschlossen, den Vertrag von Lissabon zu ergänzen, Artikel 136 AEUV soll um einen dritten Absatz erweitert werden. Damit soll der ESM ab Juli 2013 in Kraft treten und den ESFS (European Financial Stability Facility), den Europäischen Rettungsschirm, ablösen. Beim Europäischen Rat am 24./25. März wurde darüber entschieden.

Der ESM beinhaltet vor allem Sanktionen für Länder die sich überwiegend verschulden. Die SPD befürchtet, dass das die Sozialsysteme in Deutschland und in Europa darunter leiden könnten. Die Einrichtung des ESM muss der parlamentarischen Kontrolle durch den Bundestag und den Bundesrat unterliegen. Sehr zum Ärger der Oppositionsparteien hat die Bundesregierung das Parlament nicht frühzeitig eingebunden und die Informationsgabe versäumt. Dadurch, so auch unsere Kritik, wurden die notwendigen Debatten im Plenum und in den Ausschüssen nicht ausreichend geführt. Die schwarz-gelbe Regierung befürchtete wohl zu viel Kritik kurz vor entscheidenden Landtagswahlen.

Der SPD-Bundestagsfraktion geht es in ihrer Kritik nicht darum, den ESM zu verhindern, sondern sie hat wesentliche Kritik an der Ausgestaltung. Sie hat mit einem Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Kanzlerin gefordert, die Finanztransaktionssteuer einzuführen, eine wirkungsvolle Banken- und Finanzmarktregulierung zu etablieren, eine Europäische Ratingagentur zu gründen, die Wirtschaftspolitik in der EU stärker anzugleichen, die Gläubiger an den Kosten der Krise zu beteiligen, den Steuerwettbewerb unter den EU-Staaten zu verringern durch Angleichungen, die Regional- und Strukturfonds zur Wirtschaftsförderung weiter zu qualifizieren und vor allem mit einem sozialen Stabilitätspakt zu schaffen, der den Vertrag von Lissabon mit einer Sozialen Fortschrittsklausel zu ergänzen, zu dem auch Mindestlöhne und ArbeitnehmerInnenrechte gehören.

### ■ Außenpolitik

#### Die Libyenfrage



Vergangene Woche hat der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zur Einrichtung einer Flugverbotszone und zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Angriffen des libyschen Diktators Gaddafi beschlossen. Deutschland hat sich enthalten. Seit dem letzten Wochenende fliegen die USA, Frankreich und Großbritannien Luft einsätze gegen Gaddafis Armee. Die Bundesregierung will sich daran nicht beteiligen. Die militärische Intervention in einem Land, das an der Schwelle zum Bürgerkrieg steht, ist eine schwerwiegende Entscheidung von großer Tragweite. Humanitäre Motive sind gegen realistische Optionen und Folgerisiken abzuwägen. Niemand sollte hier leichtfertig urteilen. In jedem Fall aber ist es zwingend, eine gut überlegte und überzeugende politische Strategie zu formulieren. Was wollen und was können wir in Libyen erreichen? Hier bleiben nahezu alle Fragen offen. Die Opposition wird diese Fragen stellen. Denn die Bundesregierung erweckt den Anschein, dass sie den Blick allein auf innenpolitische Debatten fixiert, im naiven Glauben, es reiche schon, nicht mitzumachen. So trägt Merkel zur Verwirrung unserer internationalen Bündnispartner bei, die nicht mehr wissen, wofür wir eigentlich stehen. So droht Deutschland ins Abseits zu geraten, wo es darum geht, die NATO handlungsfähig zu erhalten.

#### Gegen den AWACS-Einsatz in Afghanistan

Um das fatale Bild eines deutschen Sonderweges abzumildern, das im Zusammenhang mit der Libyen-Frage entstanden ist, hat die Bundesregierung entschieden, ein neues AWACS-Mandat vorzulegen, damit deutsche Kräfte zum Ausgleich in Afghanistan für Entlastung sorgen können. Dies erweckt jedoch den Anschein, die deutsche Beteiligung an der AWACS-Mission in Afghanistan sei eine Kompensation für die Nichtteilnahme im Rahmen der internationalen Militäraktion gegen Libyen. Dieser moderne „Kuhhandel“ ist ein weiterer Beleg für die Konzeptlosigkeit und Unglaubwürdigkeit dieser Bundesregierung. Aus diesem Grund habe ich bei der namentlichen Abstimmung am 25. März gegen den AWACS-Einsatz in Afghanistan gestimmt.

#### Marshall-Plan für Nordafrika und Nahost

Die revolutionären Ereignisse in den Staaten Nordafrikas und die anhaltende Proteste in weiteren Ländern des Nahen Ostens kennzeichnen einen historischen Aufbruch zu Freiheit und De-



#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



mokratie in der Region. Die deutsche und europäische Politik muss vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen überdacht und neu gestaltet werden. Dabei geht es um ein neues Gleichgewicht zwischen einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten Außenpolitik und berechtigten Sicherheitsinteressen, um Unterstützung für Demokratisierungsbewegungen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse. Europa und die Bundesregierung müssen jetzt umdenken. Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll, schnell und über einen längeren Zeitraum hinweg zu unterstützen: einen europäischen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum und den Nahen Osten.

In unserem Antrag „Reformprozesse in Nordafrika und Nahost umfassend fördern“ (Drs. 17/4849) fordern wir die Regierung dazu auf, sich für eine Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Nordafrika und dem Nahen Osten einzusetzen. Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Bürgergesellschaft soll dabei im Vordergrund stehen. Die Situation erfordert einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EU, auf dem konkrete Beschlüsse zu Reformen und zur Unterstützung der Demokratiebewegung gefasst werden. Europäische Programme, Projekte und Maßnahmen bedürfen der Aktualisierung und zusätzlicher Mittel. Bilateral müssen demokratische Transformationsprozesse aktiv unterstützt werden. Dies erfordert einen mittel- und langfristigen Ausbau der Mittel des Sonderfonds für Demokratieberatung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Durch Austausch und Beratung durch politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen können die jungen demokratischen Bewegungen gezielt gefördert werden. Darüber hinaus brauchen wir eine gezielte Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ägypten und Tunesien. Sie erfordert eine substanzielle Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, den Abbau von Handelshemmnissen und Initiativen zur Armutsbekämpfung. Schließlich fordern wir die Regierung dazu auf, sich für die Einfrierung von Vermögen einzusetzen, die durch Korruption und Machtmissbrauch erworben wurden.

Die Bundesregierung muss zudem ihre guten Beziehungen zur Regierung Israels nutzen, um bilateral und im Nahost-Quartett eine Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina zu erreichen. Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern Europas und mit der EU aktiv werden, damit die Demokratisierung der arabischen

Welt zu einer Chance auch für die Lösung des Nahost-Konflikts wird. Um den Weg dafür frei zu machen, muss die israelische Regierung die Siedlungspolitik beenden. Eine Regelung des Nahostkonflikts ist im elementaren und langfristigen Interesse Israels, der gesamten Nachbarregion und Europas.

### Einbindung von Frauen in Konfliktbewältigung



Die Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Antrag (Drs. 17/5044) die Bundesregierung dazu auf, einen Nationalen Aktionsplan zu erstellen, mit dem die Resolution 1325 der Vereinten Nationen über die Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau umgesetzt wird. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ am 31. Oktober 2000 eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau beschlossen.

Deutschland hat zwar die UN-Resolution ratifiziert, jedoch im Unterschied zu 25 Ländern noch keinen Aktionsplan erstellt. Seit Anfang des Jahres ist Deutschland nicht nur im UN-Sicherheitsrat vertreten, es wird auch darüber hinaus im Juni dessen Vorsitz übernehmen. Mit der Verabschiedung eines Nationalen Aktionsplans kann Deutschland zeigen, dass es seine Verpflichtung zur Umsetzung dieser zentralen UN-Resolution 1325 ernst nimmt.

### UN-Resolution „Frauen, Frieden, Sicherheit“

Im Einzelnen fordern wir als geschlossene Opposition die Bundesregierung zur Umsetzung der folgenden Punkte auf:

1. zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 einen Nationalen Aktionsplan zu erstellen,
1. der die in der Resolution beschriebenen Verpflichtungen in Deutschland sowie in
2. der europäischen und in der internationalen Zusammenarbeit umsetzt;
3. bei der Erstellung des Nationalen Aktionsplans die Kooperation mit den Institutionen
4. der Zivilgesellschaft zu stärken und deren Expertise einzubeziehen;
2. den Aktionsplan entsprechend zu budgetieren;
3. die im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen regelmäßig zu überwachen und zu evaluieren;
4. über die Umsetzung der im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen dem Deutschen
5. Bundestag jährlich Bericht zu erstatten.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

### ■ Buch-Neuerscheinung

#### Nach Gaza: Zivilgesellschaft und internationale Politik

Hrsg.: Mechthild Rawert (MdB, SPD)/ Christian Sterzing (MdB, Die Grünen/Bündnis90 von 1994-2002)/ Kathrin Vogler (MdB DIE LINKE)

Mit unserem Band versuchen wir weder den Versuch einer umfassenden Konfliktanalyse noch entwerfen wir einen neuen Friedensplan für Israel und Palästina.

Nach der gescheiterten Aktion der *Free Gaza*-Bewegung wollen wir jedoch neue Ansätze zur friedlichen Veränderung der Verhältnisse im israelisch-palästinensischen Konflikt anstoßen und haben dafür auch renommierte ExpertInnen gewonnen. Trotz - oder wegen? - des tödlichen Ausgangs hat diese Aktion der internationalen Zivilgesellschaft immerhin zwei bemerkenswerte Resultate herbeigeführt:



1. Zum einen haben die Ereignisse in bislang nicht erlebtem Maße die internationale Aufmerksamkeit auf die jahrelange israelische Blockade des Gazastreifens gelenkt. Viele Regierungen, internationale Organisationen und die ‚hohe Diplomatie‘ sahen sich plötzlich genötigt, die völkerrechtswidrige Abriegelung zu verurteilen und von Israel eine Änderung der Blockadepolitik zu fordern
2. Die israelische Regierung sah sich angesichts des wachsenden internationalen Drucks gezwungen, ihre Politik der Isolierung gegenüber dem Gazastreifen zumindest teilweise zu revidieren und die Blockade zu lockern.

Was jahrelange Bemühungen auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen nicht vermochten, ist durch die *Free Gaza*-Bewegung zumindest partiell gelungen. Es sind neue Bewegungen entstanden. Alle sind eingeladen, sich weiter für einen Frieden zu engagieren.

*Hinweis: Das Buch kann im Buchhandel bezogen werden (Nach Gaza: Zivilgesellschaft und internationale Politik, Aphorisma Verlag Berlin 2011, 292 Seiten, ISBN 978-3-86575-019-1 15,00 EUR) oder aber für Berliner Veranstaltungen und Aktivitäten auch im Bundestagsbüro abgeholt werden.*

### ■ Aus Berlin und dem Wahlkreis

#### Rheumaliga erhält Geld für Generationenbad



Tempelhof-Schöneberg erhält nach einer Initiative der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V. ein Generationenbad für die Behandlung von Rheumakranken! Ich unterstütze dies politisch und freue mich sehr, dass der Stiftungsrat der Stiftung

Deutsche Klassenlotterie in seiner Sitzung am 23. März die wichtigen finanziellen Mittel für den Bau eines sogenannten Aqua-Thermal-Kyro-Center in Tempelhof-Schöneberg bewilligt hat.

Damit wird das ambitionierte Ziel erreicht, nahe dem schon seit Frühjahr 2009 in Berlin-Mariendorf ansässigen Therapie-, Beratungs- und Selbsthilfzentrum der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V., eine generationenübergreifende Einrichtung zu bauen, in der spezialisierte Behandlungen und die Nutzung des Elementes Wasser für individuelle Rheumatherapien für viel mehr Menschen als bisher möglich wird.

Der nun ermöglichte Bau des Generationenbades ist ein großer Erfolg für die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. und unterstützt diese bei ihren Anstrengungen, die Lebenssituation rheumakrankter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener zu verbessern. Für die über 150.000 betroffenen Rheumaerkrankten in Berlin wird dieses Aqua-Thermal-Kyro-Center eine große präventive, therapeutische und rehabilitative Hilfe sein. Mit dem Bau des Generationenbades wird auch Tempelhof-Schöneberg an Bedeutung in der wachsenden Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburgs gewinnen.

#### Equal Pay Day 2011

Beschämende 23 % bleiben Frauen in Deutschland bei der Bezahlung für ihre Arbeit hinter den Männern zurück- fast ein Viertel Jahreseinkommen! Mit dem Equal Pay Day, der seit 2008 auch in Deutschland gefeiert wird, erinnert das Aktionsbündnis Equal Pay mit Aktionen am Brandenburger Tor und auf dem Alexanderplatz an diese Ungerechtigkeit.



Frauen sind benachteiligt beim beruflichen Fortkommen und bei der Entlohnung trotz ihres insgesamt höheren Bildungsniveaus. Am Brandenburger Tor verwies unser Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ www.mechthild-rawert.de



Walter Steinmeier auf den Antrag (17/5038) zur Entgeltgleichheit, in dem die AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion deren gesetzliche Durchsetzung auf der Basis des EG-Checks fordert. Unverbindliche Apelle reichen nicht. Der von der Hans-Böckler-Stiftung entwickelte, Entgeltgleichheits-Check, kurz EG-Check ist ein Instrument, um Ungerechtigkeiten beim Entgelt aufzudecken. Durch ein Punktesystem wird eine vergleichende Bewertung von Arbeitsplätzen möglich. Die traditionelle Benachteiligung und Geringschätzung der typische Frauenberufe wird damit statistisch korrekt erfassbar und eine Neubewertung möglich.

Mit der Einführung des EG-Check fordern Frauen Transparenz durch betriebliche Entgeltberichte, die im Unternehmen veröffentlicht werden müssen. Ergeben sich Verdachtsmomente, wird von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine detaillierte Prüfung veranlasst. Bestätigt sich der Verdacht, muss der Arbeitgeber binnen einer gesetzlichen Frist die Entgeltgleichheit herstellen, will er nicht mit (finanziellen) Sanktionen belegt werden. Das Verfahren trägt so zu mehr Leistungs- und Lohngerechtigkeit bei.

Die Forderungen des Equal Pay Day 2011 gehen über Entgeltgleichheit hinaus. Es geht auch um die Aufwertung der personenbezogenen Dienstleistungen, geschlechterrollensensible Erziehung von Anfang an und Arbeitsstrukturen, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Familien möglich machen. Außerdem mahnt der Tag Reformen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts an, um die Abwertung der Frauenerwerbsarbeit durch Fehlanreize in diesem Systemen zu verhindern.

Weil heute schon 18 % aller Familienhaushalte von der Erwerbsarbeit der Frauen leben, ist die Forderung nach besserer Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen von existenzieller Bedeutung für viele Betroffene. Deshalb gehört auch die Forderung nach einer gleichmäßigeren Aufteilung der Elternzeit zwischen Müttern und Vätern und nach einem flächendeckenden Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen dazu.

## Nordafrika und palästinensischer Friedensprozess



Der Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der Berliner SPD veranstaltete am 23. März die gut besuchte Veranstaltung „Jasmin-Revolution in

Nordafrika - neue Perspektiven für den palästinensischen Friedensprozess?“ im Berliner Abgeordnetenhaus.

Referentinnen waren Muriel Asseburg, Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik, und ich als Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe sowie der der Arabischsprachigen Staaten des Nahen Ostens im Deutschen Bundestag. Die Veranstaltung wurde moderiert von Sawsan Chebli, Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten beim Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting.

Die Anwesenden waren sich einig, dass die Demokratie- und Befreiungsbewegungen in den arabischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf Israel und Palästina bleiben werden. Dennoch sind im Augenblick zentrale Fragen nicht zu beantworten: Wer glaubt eigentlich noch an einen Friedensprozess zwischen Israel und Palästina? Die israelische Linke ist aufgrund ihrer politischen Schwäche kein realer Akteur. Die israelische Regierung verfolgt weiterhin eine Politik der Besatzung gegen die palästinensische Bevölkerung. Ihre Siedlungspolitik zerstört jegliche Hoffnung, dass die Regierung es ernst meint mit einer Zwei-Staaten-Lösung und einem lebensfähigen palästinensischen Staat. Ob die zarten Pflänzchen der Versöhnung innerhalb der palästinensischen Bevölkerung, also zwischen Fatah und Hamas, überhaupt eine Chance haben, ist ungewiss. Außerdem erzeugt auch das europäische Quartett zu wenig gestalterischen Druck, um greifbare Zeichen einer friedvollen Lösung in Aussicht zu stellen.

Die VeranstaltungsteilnehmerInnen waren einhellig der Meinung, dass auch Deutschland mehr für die Versöhnung und den Frieden in Israel und Palästina tun soll. Wie Politik und vor allem zivilgesellschaftliche Akteure hier konkret tätig werden können, soll auf einer weiteren geplanten Veranstaltung konkretisiert werden.

## DGB - 100 Jahre Internationaler Frauentag

Die zentrale DGB-Abschlussveranstaltung zum Jubiläum „100 Jahre Internationaler Frauentag“ fand am 19. März im Berliner Magazin der Heeresbäckerei unter dem Motto „Heute für morgen Zeichen setzen“ statt. Ich nahm als Vertreterin der SPD Berlin an dieser wunderbaren Veranstaltung der Gewerkschafterinnen teil.



### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Nach einem inszenierten Grußwort von Clara Zetkin, der Initiatorin des Internationalen Frauentages, wurde eine historische und fantasievolle Zeitreise ab 1910 mit musikalischer Begleitung und Modenschau geboten, die von großem Applaus begleitet wurde. Die anschließende Talkrunde thematisierte den „Dialog der Generationen“ und der anschließende Empfang bot ausreichend Gelegenheit zum Austausch. Die Stimmung war ausgezeichnet, wir Frauen amüsierten uns köstlich. Ein großer Dank an die DGB-Frauen.

Einigkeit besteht darin, dass in diesen 100 Jahren viel für die Gleichstellung erreicht wurde - eine tatsächliche Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aber noch aussteht.

Noch bestehen viele Gründe, weiter für gleiche Chancen, gleiche Rechte und eine reale Gleichstellung in allen Lebensbereichen zu kämpfen. Wir wollen u.a.:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Mindestlöhne in allen Branchen
- Eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte von 40 %
- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - auch bei der Pflege

Für mich als Sozialdemokratin und Gewerkschafterin gilt:  
Brot und Rosen für alle!

### ■ Terminhinweise

**26. März: 10:00 - 12:00 Uhr**

- **SPD-Aktionen zur Gesundheitspolitik**  
Informationsstand  
*Lichtenrade (Abt. 2)*

**26. März: 11:00 - 14:30 Uhr**

- **Anti-Atom-Demo**  
Demoroute: Potsdamer Straße – Reichpietschufer –  
Von-der-Heydt-Straße – Klingenhöferstraße – Hofjägerstraße – Großer Stern – Straße des 17. Juni  
*Treffen am Potsdamer Platz*

**FUKUSHIMA MAHNT:  
ALLE AKWS ABSCHALTEN!**



**26. März: 20:00 - 0:01 Uhr**

- **Lange Nacht der Moscheen**  
[www.lange-nacht-der-moscheen.de](http://www.lange-nacht-der-moscheen.de)

### Einladungen zu Veranstaltungen:

**29. März: 19:30 – 22:00 Uhr**

- **Forum-Gesundheit: Gesundheit für Mädchen & Frauen mit Behinderung**



Im Rahmen des Frauenmärzes in Tempelhof und Schöneberg veranstaltet die Gesundheitspolitikerin und stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert das Forum-Gesundheit. Susanne Handrick und Susanne Mansee vom Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. sind als Expertinnen eingeladen. Themen:

- Welche Unzulänglichkeiten hat unser Gesundheitswesen für Mädchen und Frauen mit Behinderungen?
- In welchen Bereichen fehlen Haus- und Fachärzte?
- Was fehlt zu einem inklusiven Gesundheitswesen?
- Wo drückt der Schuh ganz besonders?

Anmeldung bitte über mein Wahlkreisbüro:

[mecchthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter: 72 01 38 84. Danke.

*Info-Cafe im KoKuMa Stadtteilzentrum  
Rathausstr. 28, 12105 Berlin*

**13. April: 18:30 - 20:30 Uhr**

- **Fraktion vor Ort: Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung – attraktives Berufsfeld**

Diskussionsveranstaltung: Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Pflege für alle zu gewährleisten, bedarf es einer qualifizierten Ausbildung, ausreichender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, „Guter Arbeit“ und einer höheren gesellschaftlichen Wertschätzung. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte Ihnen Bedingungen und Chancen einer Neuorganisation der Pflegeausbildung vorstellen und über weitere Voraussetzungen einer zukunftsfesten Beschäftigung im Gesundheits- und Pflegewesen diskutieren.

ANMELDUNG bis zum **06.04.2011** über:

Telefon: (030) 227-73750, Telefax: (030) 227-76250,  
eMail: [mecchthild.rawert@bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@bundestag.de)

*Aula des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, Karl-Schrader-Straße 7-8, 10781 Berlin*

FRAKTION VOR ORT: Mittwoch, 13. April, 18:30 Uhr, Aula Pestalozzi-Fröbel-Haus  
**Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung – attraktives Berufsfeld** Diskussionsveranstaltung

### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mecchthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mecchthild.Rawert@wk.bundestag.de)

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mecchthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mecchthild.Rawert@bundestag.de)

### ■ [www.mecchthild-rawert.de](http://www.mecchthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

### 06. Mai: Ganztägig

#### • **Politische Tagesfahrt: Ich lade 50 BürgerInnen aus meinem Wahlkreis ein**

Erleben Sie das politische Berlin am Freitag, den 6.5.2011. Lernen Sie das Willy-Brandt-Haus kennen, besuchen Sie spannende Ausstellungen und verschaffen Sie sich neue Kenntnisse über Geschichte und Politik der Bundesrepublik. Auf dem Programm stehen Führungen durch die Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland" im Deutschen Dom und durch das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors.

Sie haben die Gelegenheit, mit Ihrer Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen. Für das leibliche Wohl wird mit einem kostenlosen Mittag- und Abendessen gesorgt. Ausklingen wird die politische Tagesfahrt mit einer Dampferfahrt.

**ANMELDUNGEN bis 20.4.2011** mit Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort an:  
Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB. Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin  
Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994,  
[mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

Weitere Termin-Infos unter:

[www.mechthild-rawert.de/date-browser](http://www.mechthild-rawert.de/date-browser)

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



### Impressum.

#### Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227 737 50  
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

### Kontakt.

#### Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86  
12099 Berlin  
Tel: 030/720 13 884  
Fax: 030/720 13 994

eMail: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:  
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

### Online.

 [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

 [www.facebook.com/mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)

 [www.flickr.com/photos/mechthild-rawert](http://www.flickr.com/photos/mechthild-rawert)

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

